NOVOMATIC

Pressespiegel 2020

Press Documentation 2020

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Konzernkommunikation

Datum
Date

19.10.2020 / KW 42

NOVOMATIC AG · Wiener Strasse 158 · 2352 Gumpoldskirchen · Austria · Europe
Tel.: +43 2252 606 0 · Fax: +43 2252 606 110 · info@novomatic.com · www.novomatic.com

40 Years NOVOMATIC

„Der Standard“, 19.10.2020

Keine Akten vom Kanzleramt

U-Ausschuss wartet vergeblich auf Unterlagen

Wien – Sowohl Kanzleramt als auch Finanzministerium haben nach einer ergänzenden Beweisanforderung durch SPÖ und Neos von Ende September dem Ibiza-U-Ausschuss keine Akten geliefert. Stattdessen erreichte jeweils eine Leermeldung die Parlamentsdirektion. Verärgert ist deswegen SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer.

Vom Kanzleramt hatten die Abgeordneten in ihrer Beweisanforderung E-Mails, elektronische Dateien und handschriftliche Notizen im Zusammenhang mit der Casag, der Novomatic, der Sazka Group und dem Glücksspielgesetz verlangt. Auch wollten sie Aufzeichnungen zu Terminen oder dem Zutritt von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann, Casinos-Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner oder -Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner in die Amtsräume des Kanzleramts haben.

Eine ähnliche Anforderung erging auch an das Finanzministerium. Beide wurden jedoch mit einer Leermeldung quittiert, was Krainer massiv kritisierte. Kanzler Sebastian Kurz und Finanzminister Gernot Blümel (beide ÖVP) verließen sich offenbar darauf, dass Nationalratspräsident und Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) dabei helfen werde, das Recht des Parlaments zu ignorieren. (APA)

„Kronen Zeitung“, 19.10.2020

Es geht um Glücksspiel, Privatspitäler und Parteispenden

Ibiza: Promi-Auflauf vor dem U-Ausschuss diese Woche

Mutmaßlicher Gesetzeskauf im Glücksspiel- und Privatspitälerbereich unter Türkis-Blau und Parteispenden an ÖVP und FPÖ – diese drei Themen werden ab morgen erstmals an drei Befragungstagen hintereinander im Ibiza-U-Ausschuss beleuchtet. Erwartet wird eine ganze Reihe von prominenten Auskunftspersonen.

Ereignisreich wird es diese Woche beim Ibiza-U-Ausschuss. Los geht es morgen mit dem Thema Glücksspiel – zentrale Frage ist, ob der Glücksspielkonzern Novomatic Einfluss auf die Gesetzgebung unter Türkis-Blau nehmen wollte oder gar konnte. Dazu als Zeugen geladen sind Tina Liebich-Oswald, Großnichte von Novomatic-Gründer Johann Graf und Ehefrau des Novomatic-Aufsichtsratschefs Bernd Oswald, und ein Beamter des Finanzministeriums.

Beleuchtet wird morgen auch der Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds (Prikraf). Es steht der Vorwurf im Raum, dass Spender an ÖVP und FPÖ von der türkis-blauen Prikraf-Reform profitiert haben. Dazu befragt wird Julian Hadschieff, Vorstandsvorsitzender der PremiQuaMed – die Uniqua-Tochter ist hierzulande die größte Betreiberin von Privatspitälern.

Richtig prominent wird es am Mittwoch. Erwartet wird etwa Immobilieninvestor René Benko – er ist einer jener Unternehmer, der von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video als angeblicher Spender genannt wurde. Auch KTM-Chef und ÖVP-Großspender Stefan Pierer soll Auskunft geben – etwa zu seinen finanziellen Zuwendungen an die Volkspartei. Außerdem wird Uniqa-Chef Andreas Brandstetter befragt.

Am Donnerstag wird mit dem Industriellen Klaus Ortner ein weiterer ÖVP-Großspender Rede und Antwort stehen. Einvernommen wird auch Bauunternehmer und Neos-Großspender Hans Peter Haselsteiner. Zuletzt befragt wird Cattina Leitner, Aufsichtsrätin der ÖBB-Holding. S. Schieder

„Profil“, 19.10.2020

Kommentar

Jakob Winter

winter.jakob@profil.at
Twitter: @winter_jakob

Außer Spesen viel gewesen

Heinz-Christian Strache ist politisch gescheitert – die Demokratieprobleme, die er unfreiwillig offengelegt hat, bleiben bestehen: von Intransparenz bis zur Anfälligkeit für Korruption und Machtmissbrauch.

Es wäre falsch, Heinz-Christian Strache nur als Zumutung zu empfinden. Auch wenn der Ex-Vizekanzler natürlich eine Zumutung ist: Da wettert einer sein ganzes politisches Leben gegen das System, Postenschacher und Machtmissbrauch – und kaum gewinnt er selbst an Einfluss, entwickelt er sich zum Sinnbild seiner eigenen Kritik.

Aber es gibt noch einen anderen, konstruktiveren Blick auf Strache: Was da an Videosequenzen, Chatprotokollen, Kalendereinträgen und fragwürdigen Deals ans Licht kam, legte für das Publikum in eindrucksvoller Weise offen, wie verhabert, korruptionsanfällig und letztlich unreif in dieser Republik Politik gemacht wird. Strache hat damit – freilich unfreiwillig – ein paar erhebliche Demokratiedefizite sichtbar gemacht. Und die bleiben trotz seines Scheiterns bei der Wien-Wahl bestehen.

Dank Ibiza, Casinos-Causa und Untersuchungsausschuss ist der Handlungsbedarf evident: Es gibt keinen Straftatbestand für illegale Parteienfinanzierung. Der Kauf eines politischen Mandats ist in Österreich erlaubt. Der Rechnungshof kann die Finanzen der Parteien weiterhin nicht direkt prüfen, sondern muss den Berichten jener Rechnungsprüfer Glauben schenken, die sich die Parteien vorher selbst ausgesucht haben. Die millionenschweren Parlamentsklubs werden erst gar nicht kontrolliert. Verspricht ein Politiker – wie im Ibiza-Video – Staatsaufträge für Parteispenden, ist das nur dann mit Strafe bedroht, wenn der Empfänger bereits über ein Amt verfügt. Wer also vor der Wahl seinen Gönnern Gesetze oder lukrative Aufträge in Aussicht stellt und erst hinterher in die Regierung kommt, handelt gesetzeskonform. Und schließlich werden kritische Medienanfragen noch immer gerne mit Verweis auf das Amtsgeheimnis abgewimmelt.

Das ist absurd.

Österreich leistet sich eine der höchsten Parteienförderungen weltweit. Im Gegenzug muss die Bevölkerung erwarten können, dass mit diesem Geld zweckmäßig umgegangen wird – und Parteien nicht zusätzliche Zuwendungen über dunkle Kanäle einsammeln. Warum die Regierung diese Selbstverständlichkeiten nicht endlich in Gesetzestexte gießt? Warum sie es den Straches der Republik weiterhin so einfach macht? Die Untätigkeit lässt erahnen, wie stark hinter den Kulissen gegen eine Lex Ibiza lobbyiert wird.

Auch wenn die meisten Politiker redlich sind – es braucht rote Linien für die, die es nicht sind. Vielleicht erinnert sich noch jemand daran: Im Mai, um den Ibiza-Jahrestag, versprach die grüne Justizministerin Alma Zadić ein Verbot von Mandatskäufen. Im Juni legte die türkise Verfassungsministerin Karoline Edtstadler nach und stellte „noch im Sommer“ ein Transparenzpaket in Aussicht – also das Ende des Amtsgeheimnisses und ein Recht auf Informationen für Bürger und Journalisten.

Um beide Vorhaben ist es still geworden. Zu still.

Die Informationsfreiheit wäre ein demokratiepolitischer Wendepunkt. Auf Fragen nach den PR-Kosten für den Wiener Gastro-Gutschein, nach Begünstigten von öffentlichen Aufträgen oder nach detaillierten Daten zu Corona-Fällen antworten Amtsträger von Ost bis West, von Türkis über Grün bis Rot und Blau, meist gleich: Wissen wir nicht, sagen wir nicht. Das macht Kontrolle unmöglich. Einigen ist das offenbar ganz recht so: „Wir erwarten, dass die Gesetzgebung der Länder sich selbst die Regeln gibt, die sie braucht, und wir hier nicht von Bundesebene overruled werden“, sagte der niederösterreichische Landtagspräsident erst vor drei Wochen, als er vom „Kurier“ zum Transparenzpaket befragt wurde. Soll heißen: Informationsfreiheit – nicht mit uns.

Die Transparenzbefürworter von den NEOS haben den Vorteil, dass sie derzeit nur eine Landesrätin stellen, folglich wenig Auskünfte verweigern können. Ob auch bei den Pinken Macht und Mitteilungsfreudigkeit negativ korrelieren, wird sich erst zeigen.

> Die Untätigkeit der Regierung lässt erahnen, wie stark gegen eine Lex Ibiza lobbyiert wird.

Fest steht: Bloß eine einzige Gesetzesverschärfung fand nach Ibiza eine Mehrheit im Parlament – die Beschränkung von Spenden an politische Parteien. FPÖ und SPÖ erschien die Maßnahme opportun, weil sie damit die größten Spendenempfänger im Politikbetrieb schwächen konnten: ÖVP und NEOS. Zu mehr konnte sich die rot-blaue Allianz nicht durchringen. Etwa zu einer genaueren Definition, ab wann ein Verein als parteinahe gilt – und damit vom Parteiengesetz und von Offenlegungspflichten umfasst ist. Verständlich. Schließlich gibt es auch im Umfeld von Rot und Blau genügend Vereine, die mutmaßlich Gelder von Absendern erhalten, die unter dem Radar bleiben wollen.

Und so wurde das Ermittlungsverfahren gegen die Akteure im FPÖ-nahen Vereinsnetzwerk mangels Straftatbestand eingestellt. Und so darf das ÖVP-nahe Alois-Mock-Institut weiter Inserate und Veranstaltungssponsorings von Unternehmen wie der Novomatic einsammeln, ohne auch nur einen Cent davon offenzulegen. Der Gründer des Vereins, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, rechtfertigte sich erst vor wenigen Tagen in der „ZIB 2“ damit, dass das alles völlig korrekt sei. Selbst wenn die Novomatic alle Kosten übernehmen würde.

Stimmt. Und genau das ist das Problem. ■

„Kronen Zeitung“, 18.10.2020

Novomatic klagt Ein Zeuge wehrt sich gegen Vorwürfe

Der Glücksspielgigant geht gegen Goalie in Offensive

Ex-Fußballer Peter Barthold sieht sich mit einer Klage konfrontiert. Er hatte beim U-Ausschuss von Bedrohungen und Bestechungsversuchen berichtet. Es gibt Anzeigen, eine davon ist gegen Barthold gerichtet. Novomatic bestreitet jegliche Vorwürfe und hat abseits davon auch kritisch berichtende Medien im Visier.

Schwere Vorwürfe: Peter Barthold

Novomatic zahlt alle. Dieser verhängnisvolle Satz, gesprochen vom damaligen FPÖ-Chef und künftigen Vizekanzler Heinz-Christian Strache 2017 auf einer Balearen-insel, wird wohl ins kollektive Gedächtnis Eingang finden. Er zog Ermittlungen der Justiz wie einen U-Ausschuss zur politischen Verantwortung rund um das Thema „Ibiza und mögliche Bestechlichkeit der türkisblauen Regierung“ nach sich. Im Umfeld tauchen immer mehr Ungereimtheiten auf. Und Rechtsstreitigkeiten. Klagsfreudig zeigt sich Novomatic. Neben den kritisch berichtenden Medien „profil“ und „Krone“ wurde auch eine Auskunftsperson vom Glücksspielkonzern (beteiligt an den teilstaatlichen Casinos bis Ende 2019) ins Visier genommen: Peter Barthold. Der frühere Rapid-Goalie und Glücksspielmanager behauptete unter Wahrheitspflicht, Novomatic habe ihm Geld für Falschaussagen (im Sinne des Konzerns) geboten, was Novomatic dementierte. Barthold würde sich über einen Prozess freuen: „Ich ziehe kein Wort zurück. Alles, was ich ausgesagt habe, ist die Wahrheit. Ich kann alles lückenlos nachweisen.“

Erich Vogl

„www.leadersnet.at“, 18.10.2020

Admiral erhält Sportwettenlizenz in Deutschland

Novomatic-Tochter will Angebot insbesondere auch im Online- und Mobilebereich weiterhin ausbauen.

NovomaticSportwetten Chef Jürgen Irsigler

Nach einem umfangreichen Lizenzierungsverfahren erhält die Admiral Sportwetten GmbH mit Sitz in Rellingen (Schleswig-Holstein) als einer der ersten privaten Anbieter vom Regierungspräsidium Darmstadt eine Lizenz zum Veranstalten von Sportwetten in der Bundesrepublik Deutschland.

"Mit dem Erhalt dieser neuen Sportwettlizenz wird die hohe Produktqualität und Kompetenz des Novomatic AG-Konzerns einmal mehr bestätigt. Damit schafft der Regulator erstmals eine rechtssichere Basis für private Sportwettenanbieter. Das ist ein wichtiger Schritt, um unser Angebot insbesondere auch im Online- und Mobilebereich weiterhin ausbauen zu können", betont AdmiralSportwetten-Geschäftsführer Jürgen Irsigler. (red)

www.admiral.at

www.novomatic.com

„www.krone.at“, 18.10.2020

NOVOMATIC KLAGT

Glücksspielgigant geht gegen Goalie in Offensive

Der als Auskunftsperson geladene Ex-Rapid-Goalie und ehemalige Novomatic-Geschäftspartner Peter Barthold (Bild: APA/GEORG HOCHMUTH)

Ex-Fußballer Peter Barthold sieht sich mit einer Klage konfrontiert. Er hatte beim U-Ausschuss von Bedrohungen und Bestechungsversuchen berichtet. Es gibt Anzeigen, eine davon ist gegen Barthold gerichtet. Novomatic bestreitet jegliche Vorwürfe und hat abseits davon auch kritisch berichtende Medien im Visier.

„Novomatic zahlt alle.“ Dieser verhängnisvolle Satz, gesprochen vom damaligen FPÖ-Chef und künftigen Vizekanzler Heinz-Christian Strache 2017 auf einer Baleareninsel, wird wohl ins kollektive Gedächtnis Eingang finden. Er zog Ermittlungen der Justiz wie einen U-Ausschuss zur politischen Verantwortung rund um das Thema „Ibiza und mögliche Bestechlichkeit der türkis-blauen Regierung“ nach sich.

Auf Ibiza behauptete Heinz-Christian Strache: „Novomatic zahlt alle." (Bild: SZ, Der Spiegel)

Im Umfeld tauchen immer mehr Ungereimtheiten auf. Und Rechtsstreitigkeiten. Klagsfreudig zeigt sich Novomatic. Neben den kritisch berichtenden Medien „profil" und „Krone" wurde auch eine Auskunftsperson vom Glücksspielkonzern (beteiligt an den teilstaatlichen Casinos bis Ende 2019) ins Visier genommen: Peter Barthold.

„Kurier“, 17.10.2020

Einspruch verpasst: Krismer verliert gegen Novomatic

Grünen-Chefin muss Aussage widerrufen

St. Pölten. Ein hochnotpeinlicher Fehler kostet Niederösterreichs Grünen-Chefin Helga Krismer eine gerichtliche Niederlage gegen den Glücksspielkonzern Novomatic. Krismer hatte den Rechtsstreit in erster Instanz verloren. Anschließend versäumte ihre Anwaltskanzlei die Berufung fristgerecht einzubringen. Das Urteil ist damit rechtskräftig. Krismer muss daher die Äußerung als unwahr widerrufen, dass die Novomatic AG kein „sauberer Sponsor“ sei und über kein „sauberes Geld“ verfüge, weil sie ihre Umsätze mit Spielsucht und/oder rechtswidrigen Handlungen erwirtschafte.

Novomatic ließ sich diese Aussagen nicht gefallen. Im September 2019 wurde die Grünen-Landessprecherin zum wiederholten Male vom Glücksspielkonzern wegen ihrer geäußerten Kritik an der Rolle der Firma als Kultursponsor in Niederösterreich geklagt.

Der darauffolgende Prozess vor dem Landesgericht St. Pölten ging in erster Instanz zugunsten von Novomatic aus. Für Krismer war klar, gegen dieses Urteil zu berufen. „Durch ein bedauerliches Versehen in der mit dem Rechtsfall betrauten Anwaltskanzlei wurde diese Berufung aber nicht fristgerecht angemeldet. Sowohl dem diesbezüglichen Wiedereinsetzungsantrag wie auch dem Rekurs wurde vom Gericht nicht stattgegeben“, gaben die Grünen am Freitag in einer Erklärung bekannt.

„Standard“, 17.10.2020

Reich und Schön

Ermittlungen und der U-Ausschuss zeigen immer deutlicher, wie sich Türkis-Blau die Republik aufgeteilt und Posten an Spender und Freunde vergeben hat. Eine Geschichte von exklusiven Dinnerpartys, dem "längsten" Bus und einem abhängigen ORF. MILIEUSTUDIE: Fabian Schmid Ein paar Milliarden Euro Privatvermögen, türkis-blaue Politprominenz und einen echten Prinzen aus Liechtenstein: Das entdeckt, wer die Einladungsliste für eine Dinnerparty im November 2018 durchblättert. Für die klandestine Runde zeigen sich zwei mächtige Manager mit besten Verbindungen verantwortlich: Der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann und der C-Quadrat-Gründer Alexander Schütz, dessen Frau damals Vizekabinettschefin im Finanzressort war.

Geladen waren etwa Wirecard-Chef Markus Braun, Immobilientycoon René Benko, Puls-4-Chef Markus Breitenecker, der Sohn von Novomatic-Gründer Graf, US-Botschafter Trevor Traina sowie Johann Gudenus (FPÖ), Ex-Vizekanzler Josef Pröll, Finanzminister Gernot Blümel und Öbag-Chef Thomas Schmid (alle ÖVP). Graf, Benko und Blümel blieben fern. Knapp vor der Party schrieb Neumann: "Hab Martin Ho auch eingeladen!"

Jetzt steht diese Runde im Fokus der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Wurden dort Absprachen zum Casinos-Umbau getätigt? Immerhin hatten Blümel, Schmid, Neumann, Pröll als Casinos-Aufsichtsrat und die Familie Graf dabei etwas mitzureden. Unter die Lupe nehmen müssen die Ermittler viele solcher Runden. So erzählte Eva Hieblinger-Schütz, Frau von Multimillionär Schütz und Finanz-Vizekabinettschefin, vor dem U-Ausschuss: "Wir haben sehr viele Abendessen, sehr viele Einladungen (...)." Neumann und Schütz wollten einen "Grillabend mit Gudenus" machen, die Kinder gingen gemeinsam in die Schule; "auch die Zwillinge vom Herrn Sidlo", dem späteren Kurzzeit-Casinos-Vorstand.

Blümel und Neumann schrieben einander, sie würden sich bei einem Fest "im Schloss zurückziehen", Thomas Schmid bekochte 2016 die Casinos-Vorständin Bettina Glatz-Kremsner (später ÖVP-Vize). Vor allem sichergestellte Chatnachrichten sorgen für Zweifel am offiziellen Narrativ. Hier ist es primär das Smartphone von Thomas Schmid, auf das sich Ermittler verlassen.

Am Freitag hat das von Peter Pilz herausgegebene Zackzack neue Chats publiziert. Dabei handelt es sich um Nachrichten zwischen Schmid und einer engen Vertrauten. Die beiden diskutieren über ein Gespräch mit Kanzler Sebastian Kurz und dessen Vorstellungen zur Öbag.

"Kurz scheisst sich voll an"

"Ist dein Gespräch gestern gut gelaufen?", fragt die Kabinettsmitarbeiterin. "Ja. Er überlegt noch. Aber er ist schon mühsam", antwortet Schmid mit Blick auf den ÖVP-Chef, der offenbar den Magna-Manager Sigi Wolf als Öbag-Aufsichtsratschef wollte. Später schreibt Schmid dann: "Kurz scheisst sich voll an." Seine Mitarbeiterin meint, dann solle er nicht Wolf zum Aufsichtsratschef machen. "Mr Saubermann, ehrlich." Und: "Ja aber seine Aussenwirkung kann er auch mal durchdenken wenn man den zum AR chef macht." Da müsse der damalige Sprecher Gerald Fleischmann "viel argumentieren damit des in einem super Licht erscheint".

Aus der Postenbesetzung wird nichts, Aufsichtsratschef wurde Helmut Kern; Schmid unter ihm dann Öbag-Chef. Kurz hat seine Beteiligung am Öbag-Umbau bislang als minimal dargestellt. Widersprechen die Chatnachrichten seinen Aussagen? Im U-Ausschuss meinte Kurz, Schmid habe ihn "irgendwann davon informiert", Öbag-Chef werden zu wollen, das sei auch in den Medien gestanden.

Tatsächlich sind im September 2018 entsprechende Gerüchte zum Beispiel im Trend kolportiert worden; die SMS zwischen Schmid und Mitarbeiterin stammen vom Dezember 2018. Ein direkter Widerspruch ist hier nicht festzustellen. Allerdings war Kurz offenbar stärker involviert als bislang bekannt.

Nicht nur die vielen Chats zeigen: Türkis-Blau wollte Teil jener Welt sein, die von Reichen, Schönen und Mächtigen oder denen, die sich dafür halten, bevölkert wird. Zwischen Politik, Behörden und den Vermögenden gibt es in dieser Welt keine Grenzen mehr: Man feiert und urlaubt gemeinsam, und man arbeitet zusammen. Oder, um einen gängigen U-Ausschuss-Witz zu zitieren: Society-Portale mit Eventfotos sind in Wahrheit eine Undercover-Einheit der Korruptionsstaatsanwaltschaft – es gilt natürlich die Unschuldsvermutung.

Die FPÖ wollte mitnaschen

Ein Stück dieses Kuchens aus Posten und Einfluss wollten auch die FPÖ und ihre Unterstützer – und sie waren schon sehr, sehr hungrig. Das zeigen Chatprotokolle, über die Profil am Donnerstag berichtet hat. So forderte Siegfried Stieglitz, Unternehmer aus Oberösterreich, mehrfach per Chatnachricht Aufsichtsratsposten. Strache antwortete: "Verbund, OMV, BIG, Casino ... irgendwo kann es eine Möglichkeit geben!" Warum war der spätere Asfinag-Aufsichtsratschef so wichtig? Wohl, weil er einen blauen Verein und die FPÖ unterstützt hatte, etwa mit Spenden und einem Bus.

Die teilstaatlichen Konzerne wurden als Spielwiese betrachtet. Auch in den ORF regierte Türkis-Blau hinein. Laut Chats des Stiftungsrats-vorsitzenden Norbert Steger (FPÖ) sei von einer Reihe von FPÖ-Granden mit der ÖVP und ORF-Generaldirektor Wrabetz akkordiert worden, dass der Journalist Gerhard Jelinek ORF-Online-Chefredakteur werden sollte. Später sollte dann eine Innenpolitik-Journalistin des Kurier seine Stellvertreterin werden. Das Ibiza-Video machte viele dieser Pläne zunichte. "Wir kennen kein besseres", sagte Kanzler Kurz heuer dennoch zum System der politischen Postenbesetzungen.

„Kronen Zeitung“, 16.10.2020

Monika Racek, Vorstandsvorsitzende ADMIRAL Casinos & Entertainment AG

Foto: ADMIRAL

ADMIRAL erneut mit Gesundheitsgütesiegel ausgezeichnet

Dem österreichischen Glücksspiel- und Sportwettanbieter ADMIRAL wurde erneut das renommierte Gütesiegel der Österreichischen Gesundheitskasse verliehen.

Bei der Gesundheit geht ADMIRAL kein Risiko ein: Der österreichische Glücksspiel- und Sportwettanbieter wurde erneut mit dem renommierten Gütesiegel zur „Betrieblichen Gesundheitsförderung“ (BGF) der Österreichischen Gesundheitskasse ausgezeichnet. Damit werden Unternehmen gewürdigt, die ein besonderes Augenmerk auf die Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter legen. Im Rahmen eines Audits wird die Gesundheitsorientierung eines Betriebes eingehend geprüft und die Leistungen zur Förderung der Mitarbeitergesundheit werden prämiert.

Das Gütesiegel zur „Betrieblichen Gesundheitsförderung“ (BGF) wurde persönlich von Beate Anglmayer (Kundenservice ÖGK) und Elisabeth Gschiel (Leiterin Kundenservice ÖGK) als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für zahlreiche Maßnahmen an ADMIRAL Österreich überreicht.

Damit darf ADMIRAL nun auch für die Jahre 2020 – 2022 das anerkannte Gütesiegel des Österreichischen Netzwerks für BGF tragen. „Das BGF-Gütesiegel unterstreicht unser Engagement für das Wohlbefinden und die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darüber hinaus bestätigt es, dass wir bei der Förderung und beim Erhalt der Mitarbeitergesundheit auf einem guten Weg sind“, freut sich Monika Racek, Vorstandsvorsitzende der ADMIRAL Casinos & Entertainment AG, über die Auszeichnung. Gleichzeitig nimmt ADMIRAL damit auch seine Rolle als verantwortungsvoller Dienstgeber wahr.

„Die Presse“, 16.10.2020

„Wie man mit Novomatic umgeht, ist irre“

VON IRIS BONAVIDA

Ibiza. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) findet es „obskur“, dass er als Auskunftsperson im U-Ausschuss geladen ist. Seinen Vorsitz dort will er behalten, das sei auch „seine Pflicht“. Sein Alois-Mock-Institut verteidigt er – genauso wie den Glücksspielkonzern Novomatic.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) im Gespräch mit „Presse“-Redakteurin Iris Bonavida. [Clemens Fabry]

Die Presse: Herr Nationalratspräsident, in der „ZiB 2“ sagten Sie über Ihre umstrittene Rolle als Vorsitzender des Ibiza-Ausschusses: „Ich muss das Gesetz einhalten. Es sieht vor, dass der Nationalratspräsident den Vorsitz führt.“ Pflicht gibt es aber keine.

Wolfgang Sobotka: Oh ja. Es ist Pflicht.

Sie können den Vorsitz abgeben.

Was ich auch immer wieder mache, wenn ich verhindert bin. Aber ich kann nicht grundsätzlich sagen: Ich mag das nicht machen.

Im BVT-U-Ausschuss haben Sie nicht den Vorsitz geführt.

Das kann man nicht vergleichen, damals gab es ganz andere Zusammenhänge: Da ging es auch um die Zeit, in der ich als Innenminister verantwortlich für das BVT war. Es ist ja schon obskur, dass ich im Ibiza-Untersuchungsausschuss als Auskunftsperson geladen werde. Das ist mit dem Titel des Ausschusses nicht vereinbar.

Sie meinen, weil es um die Zeit der türkis-blauen Koalition geht.

Mitglieder der Regierung, Staatssekretäre, leitende Beamte. Wo steht da etwas von Parlamentariern?

Es gibt auch Beweisthemen. Da geht es etwa um Einflussnahme von politischen Vertretern.

Aber das ist ja nicht losgelöst vom Untersuchungsgegenstand zu betrachten.

Die ÖVP hätte Beschwerde gegen die Liste der Auskunftspersonen einlegen können.

Immer nur den Rechtsweg zu bestreiten halte ich im Parlamentarismus für vollkommen fehlgeleitet. Mir tut es leid, dass dieser Ausschuss sich so entwickelt hat, wie er sich eben gerade entwickelt. Erinnern Sie sich, wie intensiv über das Ibiza-Video diskutiert wurde, als es der Ausschuss nicht hatte. Heute ist es kein Thema mehr.

Laut Abgeordneten ist vor allem das Protokoll davon wichtig.

Aber auch das Protokoll ist heute kein Thema, auch nicht medial. Im Unterschied zum Eurofighter-Ausschuss, den ich ja auch leiten durfte und bei dem die Aufklärung im Vordergrund stand, driftet dieser Ausschuss phasenweise in eine Politikshow ab. Man arbeitet dann mit Halbwahrheiten und Unterstellungen, und dagegen verwehre ich mich – gerade im Sinne der Verfahrensordnung.

Laut Verfahrensordnung sorgt der Vorsitzende für „Ruhe und Ordnung während der Sitzung“. Die Debatte erhält aber eine andere Dynamik, wenn Sie den Vorsitz haben.

Ja, klar.

Warum ist das klar?

Weil man offensichtlich einen strengen Vorsitzenden nicht akzeptiert, der auf die Einhaltung aller Regeln Wert legt. Im Übrigen ist es bisweilen sicher politisch opportun, einen Vorsitzenden Sobotka zu attackieren. Man kann aber keine Täter-Opfer-Umkehr machen! Es wäre das Einfachste zu sagen: Ich mache nicht weiter – alles geht in Ruhe und Ordnung.

Was spricht gegen Ruhe und Ordnung? Das steht auch in der Verfahrensordnung. Wäre es keine Option zu sagen: Es funktioniert besser, wenn andere den Vorsitz führen – daher gehe ich?

Der Unliebsame wird also hinausgemobbt. Was tun wir dann, wenn alle drei Präsidenten geladen sind? Der Rechtsstaat muss sich durchsetzen. Nicht der Wille von jemanden, der jemand anderen nicht mag. Das Bashing hatte ja schon begonnen, da waren ja noch nicht einmal die Akten geliefert! Da ging es um die Terminfindung oder die Raumgröße.

Es ging darum, ob der Ausschuss im Plenarsaal stattfinden soll. Das wäre ja nicht so absurd.

Oh ja, es ist absurd – denn der Plenarsaal ist permanent durch Sitzungen belegt. Der aktuelle Raum erfüllt alle Voraussetzungen. Was aber wesentlich ist: In der Präsidiale waren vier Fraktionen für dieses Lokal.

Was passiert, wenn es einen Coronafall gibt?

Dasselbe wie im großen Saal.

Sie sind Präsident des Alois-Mock-Instituts. In der „ZiB 2“ ging es um eine Auflistung von rund 40.000 Euro, die Novomatic im Zusammenhang mit dem Institut in die Hand genommen hat. Sie sagten, Sie sei nicht korrekt.

Es ist absurd, dass das Untersuchungsgegenstand im Ausschuss sein soll. Da müsste man alle Spendenempfänger von Novomatic in den Ausschuss laden. Im Untersuchungszeitraum gab es in der Buchhaltung des Instituts eine Zahlung von 14.700 Euro inklusive Werbeabgabe von Novomatic.

Aber was stimmt an der Aufstellung nicht, dass Novomatic auch für Catering etc. 40.000 Euro in die Hand genommen hat?

Das können Sie doch nicht mich fragen! Sondern die Novomatic. Ich habe mich durch ein Rechtsgutachten abgesichert. Ich kann auch nur sagen, was ich weiß. Und ich weiß, dass die Novomatic alles der Staatsanwaltschaft gemeldet hat, was seit dem Jahr 2013 mit dem Alois-Mock-Institut angefallen ist. Es gibt eine Kooperationsvereinbarung. Darin steht nüchtern, dass sich das Institut um Diskussionsgäste und andere Punkte kümmert. Und die Novomatic um die Infrastruktur, die Versorgung etc. Das haben sie in ihrer internen Buchhaltung verrechnet, dazu kann ich keine Auskunft geben.

Wozu gab es diese Kooperation?

Novomatic ist eine prominente niederösterreichische Firma, die ein intensives Interesse an den Themen hatte, die wir betreuten. Zum Beispiel Europa, Bildung, Wirtschaft und Arbeit. Ist eine Kooperation mit einem Unternehmen etwa schlecht?

Es steht die Frage im Raum, was sozusagen die Leistung ist.

Das, was wir laut Kooperationsvertrag eingebracht haben.

Das Alois-Mock-Institut ist juristisch kein parteinaher Verein. Teilte sich in St. Pölten aber schon die Adresse mit der ÖVP. Auf Puls 24 sagten Sie, dass nicht alle im Vorstand der Partei angehören. Wer denn nicht?

Das war unscharf, ich meinte eigentlich den Beirat. Dieser ist für unsere Arbeit ganz wichtig. Und da gibt es einige, die keine ÖVP-Mitglieder sind.

Es ist also ein Institut von vielen ÖVP-Mitgliedern, benannt nach einem ÖVP-Politiker, das ÖVP-Themen behandelt.

Noch einmal: Dass eine Partei ein Interesse hat, einen Thinktank zu unterstützen, der über die Parteigrenzen hinaus agiert, ist nichts Schlechtes. Es wird mir permanent unterstellt, dass etwas daran komisch wäre, oder ungesetzlich. Ich sehe nicht, was das sein sollte.

Der Vorwurf der Opposition ist, dass Novomatic die ÖVP-Nähe sucht, um sich Vorteile zu verschaffen. Novomatic bestreitet es.

Das ist krude. Wie man mit Novomatic umgeht, ist irre. Es ist einer der größten Wirtschaftsbetriebe in Niederösterreich. Das ist ein Unternehmen, auf das man stolz sein sollte. Es wird aus teils fadenscheinigen Gründen diskreditiert.

Aber es gibt einige Verdachtsmomente, die aufgeklärt werden sollen. Lohnt es sich nicht, einen genauen Blick darauf zu werfen?

Ich bin von Novomatic-Vertretern nie angesprochen worden, für sie etwas zu tun oder ein Gesetz zu ändern. Und auch das sei noch einmal klargestellt: Das Alois-Mock-Institut hat nie an eine Partei gespendet.

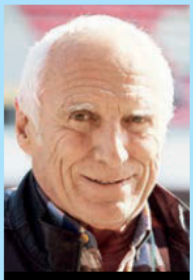
„Trend“, 15.10.2020

„Trend“, 15.10.2020

Wer die österreichische Wirtschaft bewegt hat

Eine **TREND-UMFRAGE** verrät, welche Unternehmer, Manager und Wirtschaftspolitiker in den letzten Jahrzehnten bei den Österreichern dauerhaft Eindruck hinterlassen haben.

Es ist nicht nur die Strahlkraft der Marke. Es sind nicht nur die Jobs, die jemand kreiert hat, oder die Milliarden, die jemand gescheffelt hat. Wer dauerhaft im Wirtschafts-Olymp wohnen will, muss über eine lange Zeit hinweg durch außergewöhnliche Leistungen aufgefallen sein. Das Linzer market-Institut, seit 1990 verlässlicher trend-Partner bei Umfragen, hat zum 50. Geburtstag fast 700 Österreicher befragt, wer in den letzten Jahrzehnten besonders viel für Österreichs Wirtschaft bewirkt und bewegt hat.

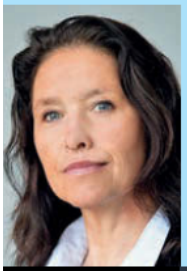


Dietrich Mateschitz

Es geht also nicht um kurzfristige Erfolge in den Charts, sondern um die Evergreens. Das Ergebnis ist laut market-Expertin Birgit Starmayr eindeutig: Red-Bull-Gründer Dietrich Mateschitz ist mit 86 Prozent Bekanntheitsgrad nicht nur eine der geläufigsten Persönlichkeiten, sondern wird auch von 90 Prozent als jemand eingeschätzt, der „sehr stark“ bzw. „stark“ für die österreichische Wirtschaft engagiert war. Dieses Image haben die bemerkenswerten fußballerischen Erfolge von Red Bull in den letzten Jahren mit Sicherheit wohl noch zusätzlich befördert.

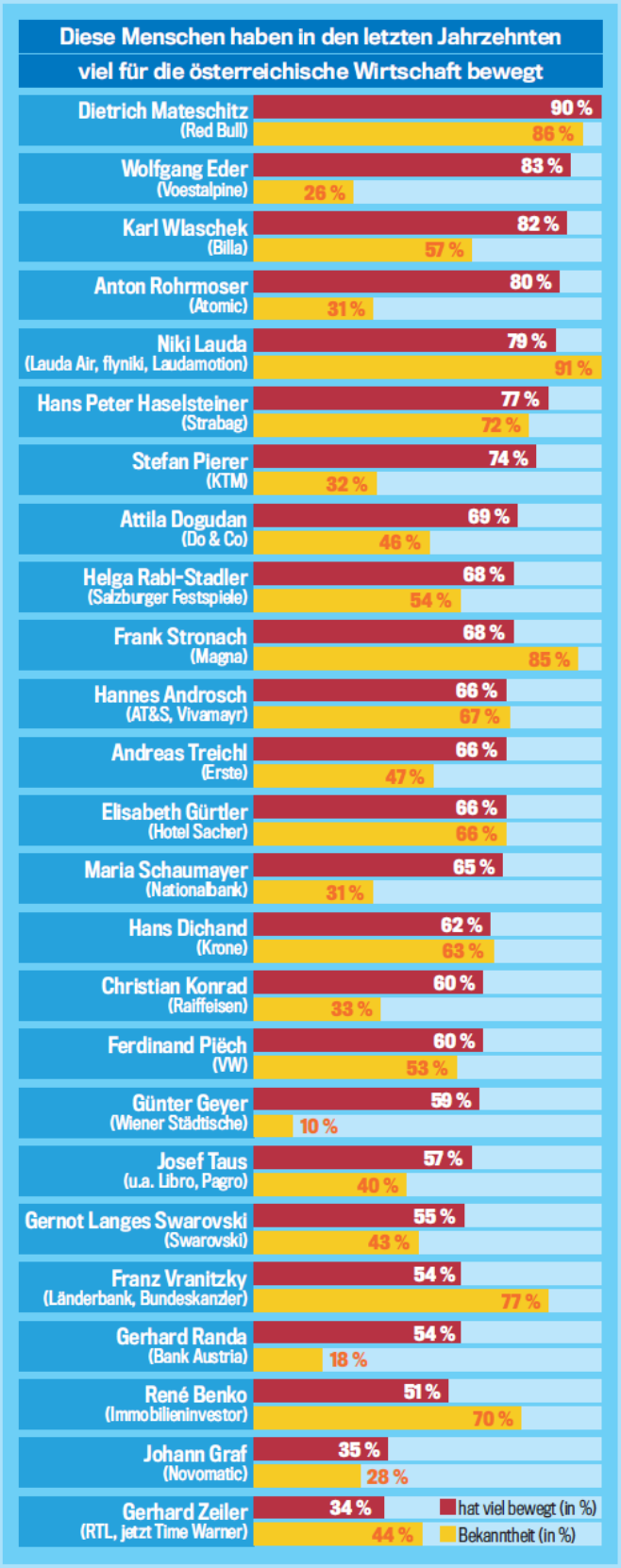
Wolfgang Eder

Differenzierter ist Rang zwei der Umfrage zu betrachten: Wolfgang Eder, voestalpine-General von 2004 bis 2019, ist österreichweit „nur“ 26 Prozent der Befragten bekannt. Wer ihn aber kennt, beurteilt den wortmächtigen Manager als prägend. Hinter Eder folgen zwei bereits verstorbene Legenden der Nachkriegs-Wirtschaftsgeschichte: Billa-Gründer Karl Wlaschek und Atomic-Gründer Alois Rohrmoser. Nur eine Person ist noch bekannter als Mateschitz: der 2019 verstorbene Airliner und Formel-1-Weltmeister Niki Lauda. Bestgereihte Frau ist Salzburgs Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler, die insbesondere im Corona-Jahr Mut und Flagge gezeigt hat. Sie hat – ähnlich wie die legendäre frühere Notenbank-Chefin Maria Schaumayer – insbesondere von den befragten Frauen besonders hohen Zuspruch bekommen.



Birgit Starmayr

Unter jenen Ex-Politikern, die später in der Wirtschaft Karriere gemacht haben, wird der Industrielle und Hotelier Hannes Androsch, in den 70er-Jahren Vizekanzler und Finanzminister, am höchsten bewertet.



Diese repräsentative trend-Umfrage wurde vom market-Institut durchgeführt. n = 694 Befragte. *market.at*

„Der Standard“, 15.10.2020

LESERSTIMMEN

Ungute Wirkung

Betrifft: „Novomatic zahlt viele“ von Fabian Schmid und Jan Michael Marchart

DER STANDARD, 7. 10. 2020

Mit Interesse habe ich Ihre Berichterstattung zu Ibiza-Ausschuss und Novomatic gelesen.

Hier erwähnen Sie das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, dessen Vorsitzender ich seit 25 Jahren bin.

Die Auskunft über die Leistung von Novomatic betreffend 5336,10 Euro an das IDM wurde von uns gegeben, weil wir nichts zu verbergen haben. Ich möchte dem Hinweis auf „ÖVP-naher Verein“ widersprechen. Mein Stellvertreter ist der ehemalige SP-Stadtrat Rudi Schicker. Ebenso war lange Zeit Frau Botschafterin Gaby Matzner-Holzer meine Stellvertreterin, die sich immer als SPÖ-Mitglied deklariert hat. Weiters ist auch LIF-Mitglied und ehemaliger Minister der FPÖ, Friedhelm Frischenschlager, bei uns im Vorstand.

Von einer ÖVP-Nähe kann also überhaupt nicht die Rede sein. Im Übrigen rufe ich in Erinnerung, dass die Leistung fünf Jahre zurückliegt, was ich bedaure, denn es ist heute nicht einfacher, ein Institut am Leben zu erhalten. Durch Ihren Beitrag wird auch eine Wirkung erzielt, die dazu führt, dass so gut wie kein Unternehmen mehr irgendetwas für solche wissenschaftlichen Einrichtungen tun will.

Wie allerdings die Finanzierung des STANDARD geschieht und unter welchen politischen Vorzeichen Sie etwa auch in Wahlzeiten Inserate erhalten, hätte ich auch gerne einmal näher gewusst.

Erhard Busek per Mail

„Der Standard“, 15.10.2020

Versunken im „Sink Tank“

Was war das eigentlich? Was war dieser bizarre Auftritt des Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka bei Armin Wolf? Ein Fallbeispiel echter Uneinsichtigkeit und unerschütterlicher Selbstgerechtigkeit? Oder eine komplett zynische Übung in politischem Mauern um jeden Preis? Oder beides?

Es ging darum, dass Sobotka nach allen Maßstäben der politischen Kultur nicht Vorsitzender des Ibiza-Untersuchungsausschusses sein (und bleiben) kann, wenn er selbst Untersuchungsgegenstand ist (Novomatic finanziert einen ÖVP-„Thinktank“ namens Alois-Mock-Institut). Sobotka zog alle Register: verfolgte Unschuld spielen, die Opferrolle auskosten, Gegenangriffe auf Opposition und Medien starten.

RAU

Die humoristischen Aspekte dieses Interviews sind das eine. Probleme mit dem englischen „th“ haben manche. Ein „Thinktank“ wie das Alois-Mock-Institut, ausgesprochen „sink tank“, wäre demnach ein Waschverein („kitchen sink“: Abwasch). Aber viel ernster ist, dass ein Nationalratspräsident so nicht handeln darf. Sobotka ist nicht nur Machtzyniker. Er hat sich immer aus ehrlichem Engagement für die Bewältigung der NS-Vergangenheit eingesetzt. Aber als Ausschussvorsitzender blockierte er, sobald die Fragen in die Nähe von Türkis kamen. Das stellt nicht nur sein Amt als Ausschussvorsitzender infrage. Ein Nationalratspräsident, der Oppositionskritik als „Mobbing“ bezeichnet, geht nicht.

„Der Standard“, 15.10.2020

TV-TAGEBUCH

Fabian Schmid

Der Trump aus Waidhofen

Wolfgang Sobotka hat sein Ziel erreicht: Der Ibiza-U-Ausschuss ist zur Farce geworden. Die Abgeordneten arbeiten nun in einem Gremium, dessen Vorsitzender offen gegen sie agitiert. Davon überzeugen konnten sich Seher der *ZiB 2* im ORF, wo Sobotka am Dienstagabend von Armin Wolf interviewt wurde.

Man sah einen Nationalratspräsidenten, der in nahezu Trump'scher Manier die Lust an der Provokation auslebte. Warum er Vorsitzender sei? „Ich muss das Gesetz einhalten“, so Sobotka, denn der „Parlamentspräsident“ (gemeint und gleich ausgebessert: Nationalratspräsident) sei automatisch der Vorsitzende. Hat Sobotka also das Gesetz gebrochen, als er 2018 auf die Leitung des BVT-Ausschusses verzichtet hat? Da sei er als vorheriger „In-

WOLFGANG SOBOTKA BEI ARMIN WOLF IN DER „ZIB 2“

nenminister in allen Formen“ involviert gewesen, so Sobotka. „Sie machen es sich ein bisschen einfach, Herr Präsident.“ Was es mit den Beziehungen zur Novomatic auf sich habe? Da lacht Sobotka schon während der Frage.

„Novomatic ist ein Unternehmen, das der größte Sportsponsor, der größte Kultursponsor, auch in karitativen Anliegen ist – ein Unternehmen mit sozialer Verantwortung“, setzte Sobotka noch zu einer Lobeshymne auf jenen Konzern an, der im Zentrum der Ermittlungen steht und dem vorgeworfen wird, besonders süchtig machende Automatenspiele angeboten zu haben.

dst.at/TV-Tagebuch

„Presse online“, 15.10.2020

Wolfgang Sobotka: "Wie man mit Novomatic umgeht ist irre"

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) findet es „obskur“, dass er als Auskunftsperson im Ibiza-U-Ausschuss geladen ist. Seine Funktion als Vorsitzender verteidigt er - genauso wie das Alois-Mock-Institut und Novomatic.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Interview mit der "Presse". Die Presse/Clemens Fabry

Herr Nationalratspräsident, gerade wird über Ihre Rolle als Vorsitzender des Ibiza-Untersuchungsausschusses heftig debattiert. Sie haben in der „ZiB2" am Dienstag gesagt: "Ich muss das Gesetz einhalten. Das sieht vor, dass der Nationalratspräsident den Vorsitz des U-Ausschusses führt und dieser Aufgabe stelle ich mich". Verpflichtet sind Sie aber nicht.
Wolfgang Sobotka: Oh ja. Es ist Pflicht.
Sie können den Vorsitz abgeben. Was ich auch immer wieder mache, wenn ich verhindert bin. Aber ich kann nicht grundsätzlich sagen: Ich mag das nicht machen.
Aber im BVT-Untersuchungsausschuss haben Sie als Nationalratspräsident auch nicht den Vorsitz geführt.

Das kann man nicht vergleichen, damals gab es ganz andere Zusammenhänge: Da ging es auch um die Zeit, in der ich als Innenminister verantwortlich für das BVT war. Es ist ja schon obskur, dass ich im Ibiza-Untersuchungsausschuss als Auskunftsperson geladen werde. Das ist mit dem Titel des Ausschusses nicht vereinbar.

Sie meinen, weil es um die Zeit der türkis-blauen Bundesregierung geht . . .

Mitglieder der Bundesregierung, Staatssekretäre, leitende Beamte. Wo steht da was von Parlamentariern?

Es gibt auch Untersuchungsgenstände und Beweisthemen. Da geht es unter anderem um die "Begünstigung von Dritten", wo es um Einflussnahme von politischen Vertretern geht. Oder um Gesetzeskauf.

Aber das ist ja nicht losgelöst vom Untersuchungsgegenstand zu betrachten.

Die Liste der Auskunftspersonen wird - mehr oder weniger - gemeinsam beschlossen. Die ÖVP hätte auch Beschwerde einlegen können.

Immer nur den Rechtsweg zu bestreiten, halte ich im Parlamentarismus für vollkommen fehlgeleitet. Mir tut es irrsinnig leid, dass dieser Ausschuss sich so entwickelt hat, wie er sich eben gerade entwickelt. Erinnern Sie sich, wie intensiv über das Ibiza-Video diskutiert wurde, als es der Ausschuss nicht hatte. Heute ist es kein Thema mehr.

Laut den Abgeordneten im Ausschuss ist vor allem das Protokoll davon wichtig.

Aber auch das Protokoll ist heute kein Thema, auch nicht medial. Im Unterschied zum Eurofighter-Ausschuss, den ich ja auch leiten durfte, und wo die Aufklärung im Vordergrund stand, driftet dieser Ausschuss phasenweise in eine Politik-Show an. Man arbeitet dann mit Halbwahrheiten und Unterstellungen, und dagegen verwehre ich mich - gerade im Sinne der Verfahrensordnung.

Laut Verfahrensordnung leitet der Ausschussvorsitzende "die Verhandlungen und sorgt für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung während der Sitzung." Während der Sitzungen bemerkt man, dass die Debatte eine ganz andere Dynamik erhält, wenn Sie den Vorsitz führen - und nicht Ihr ÖVP-Vertreter oder die Zweite Nationalratspräsidentin, Doris Bures.

Ja, klar.

Warum ist das klar?
Weil man offensichtlich einen strengen Vorsitzenden nicht akzeptiert, der auf die Einhaltung aller Regeln Wert legt. Im Übrigen ist es bisweilen sicher politisch opportun, einen Vorsitzenden Sobotka zu attackieren. Man kann aber keine Täter-Opfer-Umkehr machen! Es wäre das Einfachste zu sagen: Ich mache nicht weiter - alles geht in Ruhe und Ordnung.

Was spricht denn gegen Ruhe und Ordnung? Es steht sogar in der Verfahrensordnung. Wäre es keine Option, im Sinne der Aufklärung, zu sagen: Es funktioniert besser, wenn andere den Vorsitz führen - daher gehe ich?

Der Unliebsame wird also rausgemobbt. Was tun wir dann, wenn alle drei Präsidenten geladen sind? Der Rechtsstaat muss sich durchsetzen. Nicht der Wille von jemanden, der jemand anderen nicht mag. Das Bashing hat ja schon begonnen, da waren ja noch nicht einmal die Akten geliefert! Da ging es um die Terminfindung oder die Raumgröße.

Bei der Raumgröße ging es um die Frage, ob der Ausschuss im Plenarsaal stattfinden soll. Das wäre ja nicht so absurd, vor allem in Zeiten von Corona.

Oh ja, es ist absurd – denn der Plenarsaal ist permanent durch Sitzungen belegt. Der aktuelle Raum erfüllt alle Voraussetzungen. Was aber wesentlich ist: In der Präsidiale waren vier Fraktionen für dieses Lokal.

Was passiert, wenn es einen Corona-Fall bzw. Verdachtsfall gibt?
Das ist dasselbe wie im großen Saal.

Kommen wir zum Alois-Mock-Institut, dessen Präsident Sie sind. In der „ZiB2“ging es um eine Auflistung von rund 40.000 Euro, die Novomatic im Zusammenhang mit dem Institut in die Hand genommen hat. Was war daran nicht korrekt?

Es ist ja absurd, dass das Untersuchungsgegenstand im U-Ausschuss sein soll. Da müsste man alle Spendenempfänger von Novomatic in den Ausschuss laden. Im Untersuchungszeitraum gab es in der Buchhaltung des Instituts eine Zahlung von 14.700 Euro - inklusive Werbeabgabe - von Novomatic.

Aber was stimmt in der Aufstellung nicht, dass Novomatic auch für Catering etc. rund 40.000 Euro im Zusammenhang mit dem Alois-Mock-Institut in die Hand genommen hat?

Das können Sie doch nicht mich fragen! Sondern die Novomatic. Ich habe mich durch ein Rechtsgutachten abgesichert. Ich kann auch nur sagen, was ich weiß. Und ich weiß, dass die Novomatic alles der Staatsanwaltschaft gemeldet hat, was seit dem Jahr 2013 mit dem Alois-Mock-Institut angefallen ist. Es gibt eine Kooperationsvereinbarung. Da steht nüchtern drin, dass sich das Institut um Diskussionsgäste und andere Punkte kümmert. Und die Novomatic um die Infrastruktur, die Versorgung etc. Das haben sie in ihrer internen Buchhaltung verrechnet, aber dazu kann ich keine Auskunft geben.

Warum gab es diese Kooperation überhaupt?
Novomatic ist eine prominente niederösterreichische Firma, die ein intensives Interesse an den Themen hatte, die wir betreut haben. Zum Beispiel Europa, Bildung, Wirtschaft und Arbeit. Ist eine Kooperation mit einem Unternehmen etwa schlecht?

Es steht die Frage im Raum, was sozusagen die Leistung ist.
Das, was wir laut Kooperationsvertrag eingebracht haben.

Vielleicht können wir aufklären, was das für ein Verein ist. Ich fasse zusammen: Es ist juristisch kein parteinaher Verein. Teilte sich aber auch schon die Adresse mit der Niederösterreichischen ÖVP. Auf „Puls24" sagten Sie, dass nicht alle Vorstandsmitglieder der ÖVP angehören. Wer denn nicht?

Das war unscharf, ich meinte eigentlich den Beirat. Der ist für unsere Arbeit ganz wichtig. Und da gibt es einige, die keine ÖVP-Mitglieder sind.

Sie sagten auch, der Verein behandelt ÖVP-Themen. Es ist also ein Institut von mehreren ÖVP-Mitgliedern, benannt nach einem ÖVP-Politiker, das ÖVP-Themen beschäftigt.

Noch einmal: Dass eine Partei ein Interesse hat, ein Thinkthank zu unterstützen, der über die Parteigrenzen hinaus agiert, ist nichts Schlechtes. Es wird mir permanent unterstellt, dass etwas daran komisch wäre, oder ungesetzlich. Ich sehe nicht, was das sein sollte.

Der Vorwurf der Opposition ist, dass Novomatic die Nähe der ÖVP sucht, um sich Vorteile zu verschaffen. Novomatic bestreitet das.

Das ist krude. Wie man mit Novomatic umgeht ist irre. Es ist einer der größten Wirtschaftsbetriebe in Niederösterreich. Das ist ein Unternehmen, auf das man stolz sein sollte. Es wird aus teils fadenscheinigen Gründen diskreditiert.

Aber es gibt doch einige Verdachtsmomente, die aufgeklärt werden sollen. Etwa rund um das Glücksspielgesetz. Ist es nicht Wert, einen genauen Blick darauf zu werfen?

Ich bin von Novomatic-Vertretern nie angesprochen worden, für sie etwas zu tun oder ein Gesetz zu ändern. Und auch das sei noch einmal klargestellt: Das Alois-Mock-Institut hat nie an eine Partei gespendet.

„Kurier“, 14.10.2020

„Ein Rückzug wäre einfacher, richtig wäre er aber nicht“

Wolfgang Sobotka. Der Parlamentschef über den Vorwurf der Falschaussage vor dem U-Ausschuss

Interview

VON **IDA METZGER**

Der Ibiza-U-Ausschuss dreht sich regelmäßig um die Verbindung zwischen Wolfgang Sobotka, dem Alois-Mock-Institut und Novomatic. Was steckt dahinter? 2013 gründete Sobotka das Alois-Mock-Institut. Novomatic unterstützte dieses innerhalb von acht Jahren mit 109.000 Euro an Sachleistungen. Ob der Parlamentschef deswegen befangen ist und ob er kürzlich vor dem U-Ausschuss eine Falschaussage gemacht hat – dazu nimmt er im Interview Stellung.

KURIER: Herr Sobotka, in der Anzeige von Neos und SPÖ wegen Falschaussage vor dem U-Ausschuss werden Sie mit Sätzen zitiert wie: „Es gingen keine Sachleistungen an das Alois-Mock-Institut.“ Nun hat die Staatsanwaltschaft herausgefunden, dass es von Novomatic seit 2013 insgesamt 109.000 Euro an Sachleistungen gab. Klingt, als hätten Sie eine Falschaussage gemacht …

Wolfgang Sobotka: Das muss man sauber trennen. Der U-Ausschuss untersucht die Jahre 2017 bis 2019 – und in diesen Jahren hat das Alois-Mock-Institut insgesamt 14.500 Euro an Inseraten bekommen. Zudem gab es auch gemeinsame Veranstaltungen, wo die Novomatic Räumlichkeiten und Catering zur Verfügung gestellt hat. Beides habe ich selbstverständlich wahrheitsgemäß im U-Ausschuss ausgesagt. Ich habe damals auch klar ausgeführt, dass ich nicht wissen kann, wie Novomatic diese Raummiete und das Catering intern verbucht und bewertet. Jetzt geht man her und summiert Inserate, interne Buchungskennzahlen der Novomatic und Kooperationen aus 2013 bis 2019. Hier werden Birnen mit Äpfeln verglichen. Dagegen wehre ich mich. Jan Krainer (SPÖ) und Stephanie Krisper (Neos) operieren permanent mit Unterstellungen. Aber in Wirklichkeit ist es traurig. Der Ausschuss kostet Millionen, und die Bürger erwarten etwas anderes.

Wäre es für die Transparenz nicht besser gewesen, wenn Sie vor Start des U-Ausschusses gesagt hätten, 2017 bis 2019 gab es die Inserate und in den Jahren davor auch Kooperationen?

Ich bin operativ nie tätig gewesen im Alois-Mock-Institut, und ich habe mich nur über den Untersuchungszeitraum von 2017 bis 2019 informiert und vorbereitet. Dann muss man den Untersuchungszeitraum erweitern. Außerdem kenne ich die interne Buchungslage der Novomatic nicht. Zur Erklärung: Das Alois-Mock-Institut macht mit verschiedenen Wirtschaftsunternehmen Kooperationen. Das Institut erledigt die Vorbereitungen für verschiedenste Podiumsdiskussionen. Dazu zählt die Organisation der Veranstaltung, die Auswahl der Referenten oder der Moderationen und die mediale Vor- und Nachberichterstattung. Die Partner stellen im Gegenzug die Infrastruktur zur Verfügung.

SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer hat in einem KURIER-Interview gesagt: „Egal, wo Wolfgang Sobotka auftritt, als Dirigent, als Präsident des Alois-Mock-Instituts oder als NÖAAB-Landesobmann – Novomatic steht stets daneben und zahlt …“

(lacht) Wissen Sie, wie viel Novomatic an Sponsoringgeldern zahlt? Gemeinsam mit den Österreichischen Lotterien ist Novomatic der größte Sportsponsor Österreichs. Auch soziale Einrichtungen wie Kinderheime und auch Kulturinstitutionen wie die Wiener Staatsoper werden finanziell mit Millionenbeträgen unterstützt. Seit vielen Jahren werden auch niederösterreichische Kulturinstitutionen unterstützt – und dann bekommt einmal das Kammerorchester Waidhofen/Ybbs 8.000 Euro, und das wird dann skandalisiert. Bitte lassen wir die Kirche im Dorf! Das ist unbotmäßig, ein Unternehmen, das viele Millionen für Kultur, Sport und Soziales ausgibt, so darzustellen, als wäre die Kriminalität an der Tagesordnung.

Es geht nicht darum, ob es strafrechtlich relevant ist, sondern Neos und SPÖ wollen darstellen, dass Sie als Vorsitzender befangen sind, weil die Nähe zu Novomatic vorhanden sei. Schaden Sie mit den Diskussionen dem Image des U-Ausschusses?

Ich lasse mir nicht alles unterstellen, und wenn ich mich wehre, sagt man, ich schade dem U-Ausschuss. Ich kann mir vorstellen, dass der eher strenge Vorsitzende Sobotka für Frau Krisper und Herrn Krainer nicht angenehm ist. Alle Abgeordneten im U-Ausschuss müssen aber die Gesetzeslage akzeptieren. Im U-Ausschuss ist das nicht wie vor Gericht. Beim Parlamentarier gibt es keine Anscheinsbefangenheit wie bei einem Richter. Der Parlamentarier kann nicht befangen sein.

Also Sie werden Vorsitzender bleiben …

Der Präsident wird dortbleiben, wo ihn das Gesetz vorsieht. Bei einer Reform des Untersuchungsausschusses wollte die ÖVP, dass ein Richter den Vorsitz macht. Das wollten aber die anderen Parteien damals nicht.

Auch der grüne Vizekanzler Werner Kogler legt Ihnen nahe, die Funktion zumindest ruhend zu legen. Warum tun Sie das nicht?

Ich bin noch nie jemand gewesen, der vor der Verantwortung zurückschreckte. Auch nicht bei Gegenwind. Ein Rückzug wäre sicher einfacher für mich, richtig wäre er aber nicht.

schauTV

CHECKPOINT mit Ida Metzger **Ibiza U-Ausschuss Vorsitzender** und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka nimmt Stellung zum Vorwurf der Falschaussage. **14.10.** um **21.30 Uhr** (WH alle 2 Std.) auf **schauTV, KURIER.at**

„Insider“, 14.10.2020

Interview

Sobotka: »Irgendwie soll ich mürbe gemacht werden«

Harte Vorwürfe. Im INSIDER kontert jetzt der Nationalratspräsident.

INSIDER: *Kaum ein Tag vergeht ohne heftige Angriffe gegen Sie – was ist dran an den Vorwürfen?*

WOLFGANG SOBOTKA: In der Aufregung, die da manche streuen, will ich eigentlich gar nicht zusätzlich was liefern. Mich irritiert das, wenn dann in den Medien kommt: „Die Staatsanwaltschaft sieht das und das bedenklich.“ Und dann fragst du nach: Wo steht das? Da halte ich es damit: Die eigene Meinung: ja. Die eigenen Fakten: nein. Das ist so bezeichnend für unsere Zeit, dass viele mit Unterstellungen arbeiten – und dann auch noch behaupten: „Das ist so“.

INSIDER: *Die Kritik ist also nicht gerechtfertigt?*

SOBOTKA: Nein, da braucht's aktuell ja für nichts mehr einen Beweis. Da wird einem alles in Permanenz an den Kopf geworfen. Ein etwas entspannteres politisches Klima wäre wieder wünschenswert. Das hatte natürlich auch viel mit der Wiener Wahl am Sonntag zu tun.

INSIDER: *Aber gibt's da nicht auch konkrete Ursachen für diese Attacken gegen Sie?*

SOBOTKA: Da gibt's mehrere Gründe. Und: Die Angriffe sind nicht neu. Die werden doch schon seit April permanent von „K & K“, von Krisper und Krainer, geritten. Dann hat sich auch noch der freiheitliche Abgeordnete Christian Hafenecker angeschlossen. Und jetzt kommen auch noch wohlmeinende Ratschläge von den Grünen. Das macht die Sache nicht besser. Es war aber alles nur ein Getöse vor der Wiener Wahl.

INSIDER: *Nur ein Getöse?*

SOBOTKA: Das ist ein Strohhalm, der ergriffen wird, um eine gewisse Stimmung zu erzeugen. Das ist auch eine fast manisch getriebene Art, einen Vorsitzenden, der sich einfach an das Gesetz, an das Recht hält, in Permanenz zu attackieren. Da soll ich irgendwie mürbe gemacht werden – aber dafür bin ich schon zu lange in der Politik, als dass ich auf dieses Schauspiel eingehe. Und noch was: Die Oppositionsparteien haben wenig Handlungsspielraum. Alles wird jetzt von zwei großen Themen überlagert:

»Fast manisch getriebene Angriffe gegen mich.«
Wolfgang Sobotka zu den Vorwürfen

von der Gesundheits- und von der Arbeitsplatz-Thematik.

INSIDER: *Beim Thema Inseratenschaltung der Novomatic für das Alois-Mock-Institut – war das auch bei anderen Parteien möglich?*

SOBOTKA: Ein komplettes Nicht-Thema zu einem Thema zu machen ist schon eine gewisse Kunst. Wenn man versucht, das in ein schiefes Licht zu rücken, greift man zwei Dinge an: Erstens die soziale Verantwortung von Unternehmen, die mit ihren Erträgen auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Bei Kultur, Sport et cetera. Zweitens: Man bringt Menschen, die sich schon vor Jahren für eine unentgeltliche Kulturarbeit entschieden haben, in ein schiefes Licht.

INSIDER: *Und konkret zum Alois-Mock-Institut?*

SOBOTKA: Da liegen die Fakten alle auf der Hand, es ist kein dem Parteiengesetz unterliegender Verein, das ist ein bürgerlicher Think-Tank. Auf der Homepage sind alle Kooperationspartner zu sehen, wir haben nie Spenden bekommen. Wir haben stets eine Gegenleistung für unsere Arbeit eingefordert.

INSIDER: *Es gab jetzt mehrere Forderungen, dass Sie in diesem Fall alles aufklären sollen.*

SOBOTKA: Ich kann gar nix aufklären. Der eine Kooperationspartner war das Alois-Mock-Institut, der andere Novomatic. Jeder der beiden Partner hat Aufgaben selbstständig übernommen. Ich weiß, was auf meinem Konto ist. Aber ich weiß nicht, wie die das gebucht haben.

INSIDER: *Wie kam diese Kooperation zustande, wer hat das initiiert?*

»Novomatic hat genügend andere Parteien gefördert.«
Nationalratspräsident Sobotka

Wolfgang Sobotka
Im U-Ausschuss als Vorsitzender unter Beschuss.

SOBOTKA: Die Novomatic hat in ihren Geschäftsvorstellungen auch die Kontaktpflege. Auch die soziale Verantwortung. Novomatic sponsert viele Organisationen im sozialen und karitativen Bereich. Und beim Kammerorchester Waidhofen, das unterstützt worden ist, hab ich auch keine Funktion – ich bin dort nur der Dirigent. Die Novomatic hat genügend andere Parteien gefördert oder Inserate geschalten. Aber das ist wichtig: dass man nicht einen Vorgang, der ein simpler, ein hundsnormaler ist, auf einmal kriminalisiert.

INSIDER: *Aber die Oppositionsparteien bleiben weiter bei ihren Vorwürfen.*

SOBOTKA: Da versucht man irgendwas mit Parteispenden zu konstruieren. Also erstens: Die Annahme von 2.000 Euro war damals und ist auch heute nicht illegal. Zweitens: Wir waren nie eine parteinahe Organisation – das Alois-Mock-Institut stellt allen alles zur Verfügung. Und außerdem: Was hätte ich beeinflussen können? Ich war damals gar nicht in der Regierung. Das ist alles permanent unterstellend.

INSIDER: *Wie bewerten Sie die bisherige Arbeit des Ibiza-Untersuchungsausschusses?*

»Hundsnormaler Vorgang wird jetzt kriminalisiert.
Wolfgang Sobotka zu Inseraten

SOBOTKA: Der Ausschuss kostet Millionen. Da würde sich der Steuerzahler wohl erwarten, dass da wirklich konkret an den Ibiza-Themen gearbeitet wird. Mir tut das als Vorsitzender irrsinnig leid: Aber außer vielen Entschlagungen, außer Trivialitäten und Unterstellungen hab ich nichts feststellen können, was von Substanz gewesen wäre. Diese Situation ist nicht befriedigend.

INSIDER: *Es gab ja viel Aufregung, dass das Ibiza-Video so spät an den U-Ausschuss geliefert worden ist – jetzt ist dieses wichtige Beweismaterial aber kein Thema mehr?*

SOBOTKA: Ja, das hätte viel schneller kommen müssen. Jetzt ist das Video da – und interessiert niemanden mehr.

INSIDER: *Warum interessiert das jetzt niemanden mehr? Ist das nicht ein Hauptthema?*

SOBOTKA: Mich hat das gestört, dass dieser Untersuchungsgegenstand nicht rechtzeitig da war. Inhaltlich will ich den Abgeordneten gar nichts vorgeben.

INSIDER: *Was für Erwartungen stellen Sie noch an den Ibiza-U-Ausschuss?*

SOBOTKA: Ich würde mir erwarten, dass geklärt wird, welche Beeinflussung des Gesetzgebers es gegeben hat. Wer hat Druck ausgeübt, dass dann ein Gesetz beschlossen worden ist.

INSIDER: *Jetzt kam auch eine Rücktrittsforderung vom grünen Koalitionspartner …*

SOBOTKA: Der Ausschuss steht ja nicht im Koalitionsvertrag. Und sonst gibt's mit den Grünen ja keine wesentlichen Probleme.

INSIDER: *Haben Sie schon darüber nachgedacht, den Vorsitz im U-Ausschuss abzugeben?*

SOBOTKA: Das wäre eine Pflichtverletzung. Aber natürlich könnte man sich bei einem anderen Vorsitzenden nicht so gut an dem reiben. Und eines ärgert mich auch: Zuerst basht man mich, dann sagt man, „der ist dem Haus nicht zuträglich". Aber hallo: Bringt mir irgendeinen Paragrafen, dass ich irgendwie zu handeln hätte. Nur einen. «

„Kurier“, 14.10.2020

Überblick

Novomatic erhält Lizenz für Sportwetten

Deutschland. Gemeinsam mit anderen Anbietern hat der heimische Glücksspielriese Novomatic eine Sportwetten-Konzession für Deutschland erhalten – konkret für die Novomatic-Tochter Admiral Sportwetten GmbH mit Sitz in Schleswig-Holstein. Nach jahrelangem Streit in Deutschland um eine Reform des Glücksspielmarktes haben jetzt 15 Anbieter gleichzeitig eine Lizenz erhalten.

„Österreich“, 14.10.2020

Admiral erhält deutsche Lizenz

Gumpoldskirchen. Die Novomatic hat für ihre Tochter Admiral eine Sportwetten-Lizenz in Deutschland erhalten. Nach langem Streit um die Reform des deutschen Markts bekamen nun 15 Anbieter eine Konzession.

„Kronen Zeitung“, 14.10.2020

Sportwetten

In Deutschland wurden erstmals 15 Sportwetten-Anbieter offiziell zugelassen. Auch die heimische Novomatic erhielt eine Lizenz.

„Focus Online“, 13.10.2020

Admiral Sportwetten GmbH erhält Sportwett-Lizenz

Admiral Sportwetten GmbH erhält Sportwett-Lizenz
LÖWEN ENTERTAINMENT

Bingen (ots) - Der deutsche Sportwettanbieter ADMIRAL Sportwetten GmbH mit Sitz in Rellingen (Schleswig-Holstein) hat vom Regierungspräsidium Darmstadt eine Lizenz zum Veranstalten von Sportwetten in Deutschland erhalten. "Das ist ein wichtiger Schritt für unser Unternehmen, den wir sehr begrüßen. Damit schafft der Regulator erstmals eine rechtssichere Basis für uns als privater Anbieter", sagt Oliver Bagus, Geschäftsführer von ADMIRAL Sportwetten.

ADMIRAL Sportwetten, Tochterunternehmen von LÖWEN ENTERTAINMENT, einem der führenden Hersteller und Betreiber von Geldspielgeräten in Deutschland, hatte frühzeitig zum Ziel, auf Basis einer deutschen Lizenz am heimischen Sportwettmarkt teilzunehmen. 2014 wurden im Rahmen eines zweistufigen Prüfverfahrens drei Jahre nach Verabschiedung des Glücksspielstaatsvertrages 20 Konzessionen vergeben. ADMIRAL Sportwetten erhielt als einer der wenigen privaten Anbieter mit Sitz in Deutschland eine dieser Lizenzen.

Schon damals galt das Verfahren als rechtlich unsicher und scheiterte schließlich nach mehreren Klagen nichtlizenzierter Anbieter. Daraufhin verstetigte sich der sogenannte Graumarkt. Erst nach einer ausgesprochenen staatlichen Duldung entschloss sich ADMIRAL Sportwetten unter der Marke ADMIRALBET, Ende 2017 in das deutsche Sportwettgeschäft einzusteigen.

Auch ein weiteres Lizenzverfahren nach Verabschiedung des Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrags wurde im April 2020 gerichtlich gestoppt. In diesem Verfahren hatte sich ADMIRAL Sportwetten ebenfalls für eine Lizenz beworben. Nun hat das Unternehmen die Lizenz erhalten.

„www.diepresse.com“, 13.10.2020

Novomatic erhält Sportwetten-Lizenz für Deutschland

Nach jahrelangem Streit haben nun in Deutschland insgesamt 15 Sportwetten-Anbieter eine Konzession bekommen, darunter die Novomatic-Tochter Admiral.

Der österreichische Glücksspielriese Novomatic hat - gemeinsam mit anderen Anbietern - eine Sportwetten-Konzession in Deutschland für seine Tochtergesellschaft Admiral Sportwetten GmbH (mit Sitz in Schleswig-Holstein) erhalten. Das teilte das Unternehmen am Dienstag mit. "Damit schafft der Regulator erstmals eine rechtssichere Basis für private Sportwettenanbieter," so Admiral-Geschäftsführer Jürgen Irsigler laut Aussendung.

Jahrelang wurde in Deutschland um eine Reform des Glücksspielmarktes gestritten. Nun haben 15 Sportwetten-Anbieter gleichzeitig eine Lizenz erhalten. 46 hatten einen Antrag gestellt, nachdem 2020 der dritte Glücksspieländerungsstaatsvertrag in Kraft getreten war. Für die deutschlandweite Vergabe der Konzessionen ist das Regierungspräsidium Darmstadt zuständig.

Die Anbieter dürfen ihre Wetten online und/oder über Annahmestellen anbieten, hatte das hessische Innenministerium bereits am Montag mitgeteilt. Die ersten 15 legalen Anbieter stünden für ein Marktvolumen von rund 75 Prozent in Deutschland.

Für Admiral sei die Konzession jedenfalls ein "wichtiger Schritt, um unser Angebot insbesondere auch im Online- und Mobilebereich weiterhin ausbauen zu können", so Irsigler.

„www.derstandard.at“, 13.10.2020

Novomatic erhält Sportwetten-Lizenz für Deutschland

Nach jahrelangem Streit haben nun in Deutschland insgesamt 15 Sportwetten-Anbieter eine Konzession bekommen

Die Novomatic-Tochter Admiral hat gemeinsam mit anderen Bietern den Zuschlag bekommen.

Wien/Gumpoldskirchen – Der österreichische Glücksspielriese Novomatic hat – gemeinsam mit anderen Anbietern – eine Sportwetten-Konzession in Deutschland für seine Tochtergesellschaft Admiral Sportwetten GmbH (mit Sitz in Schleswig-Holstein) erhalten. Das teilte das Unternehmen am Dienstag mit. "Damit schafft der Regulator erstmals eine rechtssichere Basis für private Sportwettenanbieter," so Admiral-Geschäftsführer Jürgen Irsigler laut Aussendung.

Jahrelang wurde in Deutschland um eine Reform des Glücksspielmarktes gestritten. Nun haben 15 Sportwetten-Anbieter gleichzeitig eine Lizenz erhalten. 46 hatten einen Antrag gestellt, nachdem 2020 der dritte Glücksspieländerungsstaatsvertrag in Kraft getreten war. Für die deutschlandweite Vergabe der Konzessionen ist das Regierungspräsidium Darmstadt zuständig.

Nicht nur online

Die Anbieter dürfen ihre Wetten online und/oder über Annahmestellen anbieten, hatte das hessische Innenministerium bereits am Montag mitgeteilt. Die ersten 15 legalen Anbieter stünden für ein Marktvolumen von rund 75 Prozent in Deutschland.

Für Admiral sei die Konzession jedenfalls ein "wichtiger Schritt, um unser Angebot insbesondere auch im Online- und Mobilebereich weiterhin ausbauen zu können", so Irsigler. (APA/dpa-AFX, 13.10.2020)

„www.presseportal.de“, 13.10.2020

Admiral Sportwetten GmbH erhält Sportwett-Lizenz

Der deutsche Sportwettanbieter ADMIRAL Sportwetten GmbH mit Sitz in Rellingen (Schleswig-Holstein) hat vom Regierungspräsidium Darmstadt eine Lizenz zum Veranstalten von Sportwetten in Deutschland erhalten. "Das ist ein wichtiger Schritt für unser Unternehmen, den wir sehr begrüßen. Damit schafft der Regulator erstmals eine rechtssichere Basis für uns als privater Anbieter", sagt Oliver Bagus, Geschäftsführer von ADMIRAL Sportwetten.

ADMIRAL Sportwetten, Tochterunternehmen von LÖWEN ENTERTAINMENT, einem der führenden Hersteller und Betreiber von Geldspielgeräten in Deutschland, hatte frühzeitig zum Ziel, auf Basis einer deutschen Lizenz am heimischen Sportwettmarkt teilzunehmen. 2014 wurden im Rahmen eines zweistufigen Prüfverfahrens drei Jahre nach Verabschiedung des Glücksspielstaatsvertrages 20 Konzessionen vergeben. ADMIRAL Sportwetten erhielt als einer der wenigen privaten Anbieter mit Sitz in Deutschland eine dieser Lizenzen.

Schon damals galt das Verfahren als rechtlich unsicher und scheiterte schließlich nach mehreren Klagen nichtlizenzierter Anbieter. Daraufhin verstetigte sich der sogenannte Graumarkt. Erst nach einer ausgesprochenen staatlichen Duldung entschloss sich ADMIRAL Sportwetten unter der Marke ADMIRALBET, Ende 2017 in das deutsche Sportwettgeschäft einzusteigen.

Auch ein weiteres Lizenzverfahren nach Verabschiedung des Dritten Glücksspieländerungsstaatsvertrags wurde im April 2020 gerichtlich gestoppt. In diesem Verfahren hatte sich ADMIRAL Sportwetten ebenfalls für eine Lizenz beworben. Nun hat das Unternehmen die Lizenz erhalten.

„Kronen Zeitung“, 12.10.2020

Politik & Glücksspiel:

„Wäre Sobotka Sportler, stünde Novomatic am Hemd“

„Der Eindruck, den wir haben, ist, dass die ÖVP und Novomatic Hand in Hand gehen, eng abgestimmt sind, und dann versucht wurde, die FPÖ für das Gesetzesvorhaben zu gewinnen. Das ist der Eindruck aufgrund der Aktenkenntnis“, erzählt Jan Krainer, Fraktionsführer der SPÖ im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Welche Interessen die Novomatic hat, welchen Verdachtsmomenten die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft und der Ibiza-Untersuchungsausschuss nachgehen und warum die Opposition Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Ausschuss für befangen hält, erklären diese Woche bei „Moment Mal“ der Investigativjournalist Stefan Melichar vom „profil“ und Krainer im Gespräch mit krone.tv-Journalistin Damita Pressl.

Casinos dürfen in Österreich derzeit nur die Casinos Austria betreiben. Die einzige Konzession im Online-Bereich haben die Österreichischen Lotterien. Und das kleine Glücksspiel, vulgo die Spielautomaten, ist in Österreich Landessache und in Wien seit 2015 verboten. Alles Tatsachen, die Novomatic sauer aufstoßen dürften.

(Bild: APA/GEORG HOCHMUTH)

„Irgendwo ist einer von Novomatic mit einer Kreditkarte“

„Die Grundannahme war, dass es einen Deal gab zwischen der FPÖ und der Novomatic“, erklärt Jan Krainer. Die FPÖ hätte Peter Sidlo in den Vorstand der Casinos Austria AG entsenden dürfen, an der die Novomatic damals beteiligt war. Dafür hätte es Lizenzen und freundlichere Gesetze gegeben. Aber die Akten sehen für Krainer anders aus. Darin hätte sich gezeigt, „dass die ÖVP mit der Novomatic ganz enge Kontakte hatte, und dass sich ÖVP-Vertreter mit der Novomatic eng abgestimmt haben“. Besonders einer: „Egal was Sobotka macht, irgendwo ist einer von der Novomatic mit einer Kreditkarte und zahlt die Rechnung“, sagt Krainer, und spielt damit auf Spenden ans Alois-Mock-Institut sowie an ein Orchester , in dem Sobotka tätig war, an.

Der U-Ausschuss-Vorsitzende Wolfgang Sobotka
(Bild: APA/Roland Schlager)

Ein besonders Novomatic-freundlicher Gesetzesentwurf aus dem Herbst 2018 liegt Krainer vor. Dieser hätte alle Wünsche des Konzerns erfüllt: Er hätte mehr Online-Lizenzen ermöglicht, mehr Casino-Lizenzen, und er hätte über einen Umweg das kleine Glücksspiel in Wien wieder ermöglicht. Doch dann kam Ibiza.

(Bild: dpa/Norbert Försterling)

Die Staatsanwaltschaft ermittelt zu etwas anderen Geschehnissen, erklärt „profil"-Journalist Melichar: einerseits will sie wissen, ob die Vorstandsbestellung von Peter Sidlo tatsächlich Teil eines Deals war. Auch geht es ihr um Zahlungen in der Höhe von 240.000 Euro an das „Institut für Sicherheitspolitik" - das Institut steht der FPÖ nahe und SMS-Verläufe deuten darauf hin, dass Novomatic über diese Spende das Thema der Casino-Lizenzen in die türkis-blauen Regierungsbehandlungen einbringen hätte wollen. Schlussendlich untersucht die WKStA die Rolle des blauen Finanzstaatssekretärs Hubert Fuchs ; hier vermutet sie versuchte Beeinflussung.

Alle Beteiligten bestreiten die Vorwürfe vehement. Dass die Glücksspielbranche Familien und Existenzen zerstört, ist kein Geheimnis. Umso größer ist die Verantwortung der Politik, die Staatsbürger zu schützen. In wessen Interesse sie hier wirklich gehandelt hat, werden die Ermittlungsergebnisse zeigen.

„www.spieler-info.at“, 12.10.2020

DAS PRALLVOLLE FÜLLHORN DER CASINOS AUSTRIA

Sponsorings seit Jahrzehnten

Der teilstaatliche Glücksspielkonzern Casinos Austria AG (CASAG) bedient mit seinen Sponsorings seit Jahrzehnten alle relevanten politischen Parteien und deren Vorfeldorganisationen. Im Gegensatz zur Aufregung, die um Unterstützungen der privaten Konkurrenz herrscht, stößt sich allerdings niemand daran. Spieler-Info.at zitiert aus der umfangreichen Sponsoring-Palette der CASAG-Gruppe.

Füllhorn an Sponsorings

Ob Donauinselfest, veranstaltet von der Wiener SPÖ, Verein Pro NÖ der SPÖ Niederösterreich, ob Inserate im Vereinsmagazin „Report“ des Alois Mock Institutes der ÖVP Niederösterreich oder der ÖVP-Stammtisch „Wir Niederösterreicher in Wien“: die CASAG kippt jedes Jahr ein wahres Füllhorn an Sponsorings zugunsten von Initiativen über diverse politische Parteien aus. Das Erstaunliche daran: während der private Glücksspielkonzern Novomatic wegen einiger weniger Sponsorings seit Monaten durch ein mediales Fegefeuer geht, stößt sich niemand an den Millionenaufwendungen von CASAG und Österreichischen Lotterien (ÖLG).

Breites Spektrum an Sponsoring-Aktivitäten

In offiziellen Schriftstücken der „Unternehmensgruppe Casinos Austria und der Österreichischen Lotterien“ ist stets nur von der „Unterstützung von sozialen und humanitären Projekten“ die Rede: „Das Wohl Österreichs und seiner Bevölkerung sowie eine intakte Gesellschaft stehen im Zentrum der Sponsoring-Philosophie … dementsprechend ist das Spektrum breit gefächert: Die Sponsoring-Aktivitäten reichen von Kunst und Kultur über Umwelt und Sport bis hin zu humanitären und sozialen Anliegen.“

Unterstützung politischer Parteien, Organisationen und Verbände

In all diesen Aufzählungen fehlt allerdings, bewußt oder unbewußt, eine gewichtige Position, nämlich die Unterstützung politischer Parteien, vorgelagerter Organisationen und Verbände. So trat die ÖLG heuer als Sponsor des von der Wiener SPÖ veranstalteten Donauinselfestes auf. Die CASAG fungierte als Hauptsponsor der von der Stadt Wien ausgerichteten Wiener Festwochen, aber auch als Sponsor des Vereins PRO Niederösterreich der niederösterreichischen ÖVP. Unterstützung des Wirtschaftsbundes Wien beim Ball der Wiener Wirtschaft zählte ebenso zum Portfolio wie die des NÖ Landesballs des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes, für dessen Magazin es in der Vergangenheit auch immer wieder Inserate gab.

Ob Inserate für das Magazin „Report“ des Alois Mock Institutes, Volkshilfe, SPÖ-Fest, Club Niederösterreich (ÖVP), Verein Pro NÖ mit dem Löwenherz-Preis (SPÖ), Arbeitersameriterbund, Europa Forum Wachau oder der Ball des Sports des ASVÖ Wien: das prallvolle Füllhorn der CASAG-Gruppe ist stets hilfreich zur Stelle.

Im Sprachgebrauch der CASAG liest sich die Begründung für die Großzügigkeit gegenüber politischen Parteien naturgemäß anders, nämlich ein wenig gestelzt, wie folgt: „Und gerade jene Projekte, in denen der Mensch im Mittelpunkt steht, und in denen Integration und Inklusion einen zentralen Stellenwert haben, sind für uns von großer Bedeutung. Warum, ist schnell erklärt: Erstens besteht großer Bedarf an sozialem Engagement durch Unternehmen der Wirtschaft. Und zweitens ist es noch ein weiter Weg zu einer integrativen und inklusiven Gesellschaft, auch wenn hier zuletzt bereits große Schritte gemacht wurden.“